

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 01 · 06.02.2012

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|---|
| 02 | Unser Projekt heißt Zukunft: Wie wollen wir morgen leben? | 13 | Vorsorgende Wirtschaftspolitik jetzt einleiten |
| 02 | Zukunftsdialog online: SPD-Fraktion geht neue Wege der Bürgerbeteiligung | 13 | Impulse für den Industriestandort Deutschland |
| 03 | Editorial | 14 | Unabhängige Finanzberatung als Alternative |
| 04 | Thema: Projekt Zukunft – Deutschland 2020 geht in entscheidende Phase | 14 | Bestechung von Abgeordneten muss endlich strafbar sein |
| 07 | Befragung zu „Fraktion Intern“ | 15 | Asse II muss Chefsache werden! |
| 11 | Untersuchungsausschuss und Expertenkommission zum Staatsversagen | 15 | Gesetzentwurf von SPD und Grünen stärkt Öffentlichen Nahverkehr |
| 12 | Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz | 16 | Personalien, Planspiel |

Mehr Informationen gibt es hier:
www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/Googleplus
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Unser Projekt heißt Zukunft: Wie wollen wir morgen leben?

Das Jahr 2011 war eine Zäsur. Die Schadensbilanz von Schwarz-Gelb nach zwei Jahren Klientelpolitik und Koalitionschaos ist zum Zukunftsrisiko für unser Land geworden. Mit Blick auf das begonnene Jahr wachsen die Sorgen und Unsicherheiten der Menschen. Die Regierung Merkel hat keine Antwort auf die großen Herausforderungen der Zukunft, mehr noch, sie verschärft die Krise und die Spaltung der Gesellschaft. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht unser Land bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen.

Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet sich auf neue Regierungsverantwortung vor. Vor einem Jahr hat sie auf ihrer Klausur in Magdeburg das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gestartet. Sieben Projektgruppen haben seitdem die Arbeit aufgenommen. In einem intensiven Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur sowie vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern formuliert die Fraktion ein Leitbild für das Deutschland von morgen. Sie entwickelt ein

neues Modell des Wohlstands, eine nachhaltige Wirtschaft mit moderner Infrastruktur, eine Arbeitswelt, die Teilhabe, Sicherheit und Autonomie verbindet, eine gerechte Gesellschaft der gleichen Chancen für Frauen und Männer, für Alte und Junge, für Einwanderer und Hiergeborene. „Wir wollen über Zukunftsaufgaben nicht nur lamentieren, wir wollen sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern anpacken und sagen ehrlich, wie unsere Zukunft zu finanzieren ist und Schulden abzubauen sind“, heißt es im Zwischenbericht zum „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ den die Fraktion zu ihrer Klausur am 13. Januar 2012 vorgelegt hat.

Auf den Seiten vier bis sechs informieren die sieben Projektgruppen über ihre Arbeit. Bis zur Sommerpause entwickeln sie ein Politikkonzept, das Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen gibt und die Weichen für unser Land bis zum Ende des Jahrzehnts richtig stellt.

Zukunftsdialog online: SPD-Fraktion geht neue Wege der Bürgerbeteiligung

Die SPD-Bundestagsfraktion geht im Rahmen des „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ auch neue Wege, um mehr Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Seit dem 13. Januar können alle Interessierten auf der neuen Dialogplattform zukunftsdialog.spdfraktion.de im Internet aktiv an der Erarbeitung eines neuen Politikkonzepts mitwirken.

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Verein Liquid Democracy eine neue Online-Debatten-Plattform gestartet. Auf Grundlage der Beteiligungs-Software „Adhocracy“ können interessierte Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Organisationen und Fachleute Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu Positionspapieren der Projektgruppen unterbreiten oder Antworten und Vorschläge zu wichtigen Zukunftsfragen einbringen, kommentieren und abstimmen. Die SPD-Fraktion ist damit die erste Fraktion im Bundestag, die eine Liquid-Democracy-Plattform im Internet betreibt.

Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet. Mittlerweile haben sich rund 550 Interessierte angemeldet und sich in den Diskussionsprozess zum „Projekt Zukunft“ eingebracht.

Mit dem „Zukunftsdialog online“ will die SPD-Bundestagsfraktion neue Möglichkeiten erproben, politische Meinungsbildungsprozesse transparenter zu machen und eine neue Partizipationskultur im parlamentarischen Raum zu etablieren. Auch die Leserinnen und Leser von „Fraktion Intern“ sind herzlich eingeladen, sich am „Zukunftsdialog online“ der Fraktion zu beteiligen. Die Ergebnisse der Online-Diskussion werden in die weitere Arbeit am „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ einfließen.

Und hier geht es zur Dialogplattform: zukunftsdialog.spdfraktion.de

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir Sozialdemokraten haben ein gutes Jahr hinter uns. Es hat begonnen mit einer absoluten Mehrheit für Olaf Scholz in Hamburg und endete mit einem der besten Bundesparteitage, die ich aktiv miterlebt habe. Wir haben alten Streit hinter uns gelassen, haben uns inhaltlich neu aufgestellt und Wahlen in den Ländern gewonnen. Die Aufgabe für dieses Jahr lautet, diesem Pfad weiter zu folgen.

Auf unserer Klausur am Jahresanfang haben wir eine Zwischenbilanz der Arbeiten zu unserem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ vorgelegt. Und ich bin sehr zufrieden. Nun gilt es bis zum Herbst endgültige Ergebnisse vorzulegen, damit wir gut vorbereitet auf Regierungsverantwortung ab 2013 sind.

Denn spätestens dann wollen wir die Politik in Deutschland wieder aus dem Kanzleramt heraus bestimmen und in eine sozial gerechtere und wirtschaftlich vernünftige Richtung lenken.

Sieben Projektgruppen befassen sich derzeit mit den Politikfeldern Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Steuern und Finanzen, Ganztagschule, Integration und Gleichstellung und dem Generationendialog. Alle Projektgruppen arbeiten dabei im engen Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur. Ergebnis unserer Arbeit soll ein neues sozialdemokratisches Leitbild für das Deutschland von morgen sein.

Wir wollen, dass uns dabei möglichst viele Menschen unterstützen. Deswegen nutzen wir neue Wege der Online-Demokratie mit einer aktiven Bürgerbeteiligung. Nur wenn viele Menschen ihre Gedanken und Ideen einbringen, können unsere Inhalte wachsen. Die Projektgruppen starten jetzt in die intensivste Arbeitsphase. Ende der Legislaturperiode, im Herbst 2012, wollen wir dann alle Ergebnisse und Ideen für eine Regierungspolitik ab 2013 vorlegen. Denn die Regierung Merkel hat keine Antworten auf die großen Zukunftsfragen. Die Regierung Merkel ist orientierungslos. Von der SPD wird mehr erwartet denn je.



Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Projekt Zukunft – Deutschland 2020 geht in entscheidende Phase

Die sieben Projektgruppen, die am „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ arbeiten, haben zur Klausur der Fraktion am 13. Januar 2012 einen Zwischenbericht vorgelegt. Die wichtigsten Aussagen daraus sind hier zusammengefasst.

Wie kann bei Infrastrukturvorhaben wie z. B. beim Bau von Stromleitungen oder Straßen die Akzeptanz durch eine bessere Bürgerbeteiligung erhöht werden?

Infrastruktur im Konsens mit der Öffentlichkeit voran bringen

Die SPD-Bundestagsfraktion will bei Entscheidungen zu Ausbau und Erhalt der Infrastruktur „mehr Demokratie wagen“. Um Akzeptanz und dadurch eine schnellere Umsetzung zu erreichen, sollen Bürger/innen bereits an Grundsatzentscheidungen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert werden soll, beteiligt werden. Dazu soll die Bevölkerung frühzeitig und umfassend bei der Bundesverkehrswegeplanung, der Bundesnetzplanung für

Energieleitungen sowie in Planungsverfahren einbezogen werden. Ein Bürgeranwalt soll die Bürger/innen bei Planungsverfahren beraten und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte achten. Als Ergebnis eines intensiven Dialogs mit Verbänden, Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen, SPD-Landtagsfraktionen sowie mit den SPD-geführten Landesregierungen hat die Fraktion im Dezember 2011 ein Konzept beschlossen, das nun im Internet zur Diskussion bereit steht. Anregungen, die sich hieraus ergeben, werden in die endgültige Positionierung einfließen.

Ein aktuelles Dialogpapier der Projektgruppe enthält Vorschläge zur Reform der Bundesverkehrswegeplanung. Sie soll zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung für die Bundesverkehrswege weiterentwickelt werden und eine eindeutige Prioritätensetzung ermöglichen. Das Papier wird mit zahlreichen Experten in einem Werkstattgespräch am 06.02. diskutiert und im Internet zur Debatte gestellt. Gleichfalls mit Experten diskutiert wird derzeit ein Umbau- und Entwicklungsplan zur Energieinfrastruktur. Ein erster Workshop hierzu hat am 26.01. stattgefunden.

Wie lassen sich mit einem Kreativpakt die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit für Künstler, Autoren und Designer verbessern?

Neue Ordnung für Arbeit und Kreativpakt

Der Arbeitsmarkt spaltet sich. Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik droht eine dauerhafte Spaltung in Fachkräftemangel einerseits und verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit sowie prekäre Arbeitsbedingungen andererseits. Eine neue Ordnung für Arbeit braucht faire Regeln, die Lohngerechtigkeit gewährleistet und die Folgen unsicherer Beschäftigung eindämmt. Dazu will die SPD-Bundestagsfraktion u. a. einen flächendeckenden, gesetzlichen

Mindestlohn einführen, den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit durchsetzen und den Missbrauch bei Minijobs und Werkverträgen bekämpfen. Im Rahmen des Projekts wird ein umfassendes Fachkräftesicherungskonzept erarbeitet. Die Arbeitslosenversicherung will die SPD-Fraktion zu einer Arbeitsversicherung umbauen, die durch berufsbegleitende Beratung und Weiterbildung Arbeitslosigkeit vorbeugt. Bei diesen Vorhaben steht die Fraktion im engen Dialog mit den Gewerkschaften.

Die Kreativwirtschaft ist in Deutschland ein immer wichtigerer Beschäftigungs- und Wachstumssektor. Die Projektgruppe will diesen gemeinsam mit der Kreativszene nachhaltig entwickeln und die dort Arbeitenden sozial besser absichern. Dazu gehört auch eine Modernisierung des Urheberrechts, die einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern schafft. Darüber hinaus sollen Wirtschaftsförderungskonzepte eine neue kreative Gründerkultur ermöglichen. Leitfragen zum Kreativpakt diskutiert die Projektgruppe im Internet.

Ein gerechtes und solides Steuer- und Finanzierungskonzept

Ein gerechter Lastenausgleich zwischen Einkommensstarken und -schwachen und ein solider Haushalt mit klaren Prioritäten sind das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion. Deshalb will die SPD durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 100.000 Euro auf 49 %, die Anhebung der Abgeltungssteuer auf 32 %, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Finanztransaktionssteuer mehr

Einnahmen erzielen. Gleichzeitig wollen wir unnötige und ökologisch schädliche Subventionen abbauen, das Ehegattensplitting für zukünftige Ehen zu einer Individualbesteuerung mit Unterhaltsabzug umgestalten und das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen. Durch die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns werden die Ausgaben für Transferleistungen gesenkt und Steuereinnahmen erzielt.

Durch diese und weitere Maßnahmen entstehen Spielräume: So soll der Bund 10 Mrd. Euro in das Bildungs- und Betreuungsangebot in Deutschland investieren. Darüber hinaus soll in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und in die Energiewende investiert werden. Die Finanzkraft der Kommunen soll durch eine Entlastung um ca. 4 Mrd. Euro gestärkt werden. Zentral ist für die SPD-Fraktion die Einhaltung der Schuldenbremse. Durch die Rückführung der Neuverschuldung wird der Bundeshaushalt wieder zukunftsfest.

In weiteren Schritten wird die Projektgruppe bei den Zukunftsinvestitionen und Prioritäten eng mit den anderen Projektgruppen zusammenarbeiten. Außerdem sollen Entlastungsmöglichkeiten von unteren und mittleren Einkommensgruppen bei den Sozialabgaben geprüft werden.

Aktive Ganztagschule für die Bildung von morgen

Für die SPD ist Bildung eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gute Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.

Wie kann die gute, aktive Ganztagschule von morgen aussehen?

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesem Ziel mit einem „Masterplan Ganztagschule 2020“ näher kommen. Dieser soll den quantitativen Ausbau bis 2020 mit der Verbesserung der Qualität der Lern- und Betreuungsangebote verbinden. Bis 2020 soll für alle Kinder und Jugendlichen ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz gelten. Der Bund soll zunächst für vier Jahre rund 4 Mrd. Euro für etwa 7.000 zusätzliche Ganztagschulen bereitstellen. Zudem will die SPD den qualitativen Ausbau der Ganztagschulen unter dem Leitbild der „aktiven Ganztagschule“ verfolgen. Schulleitungen, Lehrerkollegien, Elternvertretungen und Schüler/innen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Denn die Qualität von Ganztagschulen hängt entscheidend von der Verzahnung pädagogischer, sozialer, kultureller und freizeitorientierter Angebote ab, die vor Ort gelingen muss. Dafür entwickelte Standards sollen vergleichbare Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen. Am qualitativen Ausbau der Ganztagschulen soll sich der Bund für vier Jahre mit weiteren 4 Mrd. Euro beteiligen. Die Projektgruppe entwickelt den Masterplanentwurf gemeinsam mit Ländern und Kommunen sowie Experten/innen weiter und diskutiert ihn mit den Bürgern/innen bei Veranstaltungen vor Ort sowie im Internet. Vor der Sommerpause soll der „Masterplan Ganztagschule 2020“ vorliegen. Eine wichtige Voraussetzung für ihn ist, dass der Bund sich wieder dauerhaft finanziell an Bildungsausgaben beteiligen darf. Zur Überwindung des Kooperationsverbots in der Bildung hat die SPD-Fraktion bereits im Januar einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Integration – eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das Zusammenwachsen unserer pluralen Gesellschaft ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Bildung und Sprache sind zentrale Bausteine für eine erfolgreiche Integration. Unterschiedliche Ausgangspositionen von Schülern/innen auszugleichen, gelingt am besten mit Ganztagsangeboten in Schule und Kita. So kann eine durchgängige Sprachförderung gewährleistet werden. Schüler/innen sollen frühzeitig Orientierungshilfen durch „Bildungslotsen“ und eine verpflichtende Berufsvorbereitung ab Klasse 7 erhalten, um ihre Potenziale früh zu erkennen.

Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit in den Kommunen müssen die Mittel für die soziale Stadtentwicklung wieder deutlich erhöht werden, und auch der sozial-integrative Ansatz muss wieder gelten. Die SPD-Fraktion will u. a. die dauerhafte Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs erreichen.

Bereits Anfang 2011 hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein umfangreiches Integrationskonzept vorgelegt. Dazu findet seit November der „Zukunftsdialog Integration“ statt. Abgeordnete besuchen Einrichtungen aus dem Bereich der Integration in ihren Wahlkreisen und diskutieren vor Ort. Hierbei wird deutlich, dass die Probleme in den Regionen sehr unterschiedlich sind. Die Erfahrungen der Abgeordneten werden durch die Projektgruppe ausgewertet. Die Erkenntnisse fließen in die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts ein. Positive Beispiele aus der Praxis sollen aufzeigen, welche integrationspolitischen Handlungsansätze besonders gut funktionieren.

Wie können Frauen und Männer Arbeit, Familie und andere Lebensbereiche künftig gleichberechtigter untereinander aufteilen?

Rolle(n) vorwärts zur Gleichstellung

Frauen und Männer wollen heute mehr: Familie. Karriere. Zeit. Chancen für alle Lebensentwürfe. Dafür sind noch dicke Bretter zu bohren: So stagniert seit Jahren die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern bei 23%. Die SPD-Fraktion will die Unternehmen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz dazu verpflichten, ihre Entgeltstrukturen zu erfassen, auszuwerten und geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu beseitigen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Arbeit. Ziel ist, ihn zum diesjährigen Equal Pay Day am 23. März fertig zu stellen.

Rund 2,5 Mio. Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor. Zwei Drittel der Minijobber sind Frauen und nicht nur das: 66 Prozent derer, die ihr Geld allein mit einem Minijob verdienen, sind ebenfalls Frauen. Eine Reform der Minijobs ist überfällig, denn sie vernichten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und sind Einfallstor für Niedrigstlöhne.

Ebenfalls ein dickes Brett: Nur 2,5 % aller Vorstandsmitglieder der 200 umsatzstärksten Unternehmen sind Frauen. In den Aufsichtsräten sieht es mit einem etwa 10-prozentigen Frauenanteil kaum besser aus. Freiwillig hat die Wirtschaft bislang nichts bewegt. Deshalb will die SPD eine Frauenquote von jeweils mindestens 40% in Vorständen und Aufsichtsräten gesetzlich festschreiben.

Zu diesen und weiteren Themen führt die Projektgruppe den „Zukunftsdialog Gleichstellung“ – u. a. mit den kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Im Internet diskutiert sie neue Möglichkeiten der Zeitpolitik, damit Frauen und Männer Arbeit, Familie und andere Lebensbereiche künftig gleichberechtigter untereinander aufteilen können.

Wie müssen wir dem demografischen Wandel begegnen, und wie erreichen wir ein neues Miteinander der Generationen?

Miteinander der Generationen

In Deutschland leben immer weniger Kinder, und die Lebenserwartung steigt stetig. Außerdem wird unsere Gesellschaft bunter. Lebensweisen, Familienformen und Rollenmuster verändern sich. Die SPD-Fraktion will diesen Prozess gestalten. Sie will individuelle Lebensqualität ermöglichen, aber auch gesellschaftliche Solidarität und die Bedingungen für Wohlstand sichern und verbessern. Dazu arbeitet sie am Konzept „Miteinander der Generationen im demografischen Wandel“. Dabei geht es um die Aufgaben des Sozialstaates, aber auch um die soziale Gesellschaft vor Ort.

Die SPD will allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen geben und ihre Familien gezielt unterstützen. Teilhabechancen in der Bildung und an guter Arbeit müssen selbstverständlich werden. Ältere Menschen sollen mittendrin statt nur dabei sein. Gesundes und aktives Altern soll ermöglicht, Betreuung und Pflege müssen zukunftsfest gemacht werden.

Das Miteinander der Generationen passiert in den Kommunen und Regionen. Ihnen kommt im demografischen Wandel besondere Bedeutung zu. Gebraucht werden regional differenzierte Antworten und kommunalspezifische Strategien und Netzwerke.

Zur Gestaltung des demografischen Wandels sind Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Politikfeldern erforderlich. Damit sich die jeweiligen Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll ergänzen, ist die Verabredung einer Gesamtstrategie notwendig. In Veranstaltungen vor Ort sammelt die Fraktion Vorschläge und gute praktische Beispiele, die in ein Gesamtkonzept einfließen. Drei zentrale Fragen diskutiert die Fraktion im Internet.

Alle Interessierten können hier mitmachen und das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ mitgestalten: zukunftsdialog.spdfraktion.de



Die Meinung unserer Leserinnen und Leser ist uns wichtig.

Liebe Leser und Leserinnen,

Selbstverständlich werden eure/Ihre Antworten und eure/Ihre persönlichen Daten vertraulich behandelt. Die Daten des Fragebogens werden durch ein beauftragtes Institut in anonymisierter Form erfasst und nie in Verbindung mit eurem/Ihrem Namen, sondern grundsätzlich anonymisiert und nur in Form von zusammenfassenden Statistiken ausgewertet. Vielen Dank für eure/Ihre Mithilfe!

Bitte sendet/n Sie den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 20.02.2012 an:

Als Dankeschön verlosen wir unter allen Teilnehmern:

- 10 Exemplare „Die SPD im Deutschen Bundestag – Der Bildband zur Geschichte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion 1949 – 2009“, Friedrich Boll (Hg.), mit Fotos von Jupp, Frank und Marc Darchinger u.a.
- 10 USB-Sticks der SPD-Bundestagsfraktion.

delta Marktforschung GmbH
Stichwort: Fraktion Intern-Umfrage
Amsterdamer Straße 192
50735 Köln

Alternativ könnt ihr/können Sie diesen Fragebogen auch im Internet ausfüllen.
Er steht für euch/Sie hier bereit:
www.spdfraktion.de/umfrage

2. In welcher Form erhältst du/erhalten Sie Fraktion Intern?

Bitte kreuze/n Sie alles an, was auf dich/Sie zutrifft.

- 1 Ich erhalte es als Info-Dienst per Post
- 2 Ich erhalte es als pdf per E-Mail (Online-Abonnement)
- 3 Ich sehe es mir auf www.spdfraktion.de an
- 4 Ich bekomme es von Genossen/Kollegen/Bekanntem weitergegeben

3. Wie nutzt du/nutzen Sie Fraktion Intern HAUPTSÄCHLICH? Bitte nur eine Antwort.

- 1 Als Info-Dienst auf Papier
- 2 Als pdf, das ich per E-Mail erhalte (Online-Abonnement)
- 3 Als pdf auf www.spdfraktion.de
- 4 Ich nutze Fraktion Intern gar nicht

4. Falls du/Sie das Online-Abonnement noch nicht nutzt/en: Hättest du/hätten Sie Interesse daran, Fraktion Intern nicht mehr in Papierform per Post, sondern AUSSCHLIESSLICH als PDF-Datei per E-Mail zu erhalten?

- 1 (Eher) ja
- 2 (Eher) nein

5. Von Fraktion Intern sind im letzten Jahr 9 Ausgaben erschienen. Wie viele der 9 Ausgaben im Jahr 2011 hast du dir/haben Sie sich angesehen bzw. gelesen – egal ob auf Papier oder am Bildschirm? Waren das:

- 1 1–2 Ausgaben
- 2 3–4 Ausgaben
- 3 5–6 Ausgaben
- 4 7–8 Ausgaben
- 5 Alle 9 Ausgaben
- 6 keine Ausgabe

6. Wie viele Beiträge liest du/lesen Sie in der Regel in Fraktion Intern?

- 1 (fast) keine
- 2 Wenige, ausgewählte Beiträge
- 3 Viele Beiträge
- 4 Ich lese es komplett durch

1. Fraktion Intern, der Informationsdienst der SPD Bundestagsfraktion, wird auf verschiedene Art und Weise verbreitet. Wusstest du/wusstest du/wusstest du, dass man Fraktion Intern in folgenden Formen nutzen kann?

Ja,	Nein,
wusste ich	wusste ich nicht

Als Info-Dienst auf Papier, den man per Post zugeschickt bekommt 1 2

Als pdf-Datei, die man per E-Mail erhält (Online-Abonnement) 1 2

Als pdf-Datei, die man sich auf dem Internetangebot www.spdfraktion.de ansehen kann 1 2



Nun noch ein paar Fragen zu den Informationsangeboten der SPD-Bundestagsfraktion insgesamt:

13. Wie hilfreich ist Fraktion Intern alles in allem für deine/Ihre persönliche (politische) Arbeit?

sehr hilfreich 1 2 3 4 5 6
überhaupt nicht hilfreich

14. Alles in allem: Wie zufrieden bist du/sind Sie mit Fraktion Intern?

sehr zufrieden 1 2 3 4 5 6
überhaupt nicht zufrieden

15. Was könnte man deiner/Ihrer Ansicht nach an Fraktion Intern verbessern?
Was vermisst du/vermissen Sie?

16. Wie häufig nutzt du/nutzen Sie das Online-Angebot der SPD-Bundestagsfraktion www.spdfraktion.de, um sich über Aktuelles aus der Fraktion zu informieren?

1 häufig
 2 gelegentlich
 3 selten
 4 nie

17. Inwiefern kennst bzw. nutzt du/kennen bzw. nutzen Sie die folgenden Informations-Angebote der SPD-Bundestagsfraktion?

	Wusste NICHT, dass es das gibt	Wusste, dass es das gibt, aber noch nie genutzt	Habe ich schon mal genutzt
Die Zeitschrift „Gute Arbeit“	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Die Schriftenreihe „positionen“	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Die Schriftenreihe „dokumente“	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Faltblätter und Broschüren zu unterschiedlichen Einzelthemen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
E-Mail-Informationssdienst zur aktuellen Sitzungswoche	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Das facebook-Profil der SPD-Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Das Google-Plus-Profil der SPD-Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Das Twitter-Angebot der SPD-Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Das Youtube-Angebot der SPD-Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3
Das flickr-Angebot der SPD-Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3



18. Wie zufrieden bist du/sind Sie insgesamt damit, wie die SPD-Bundestagsfraktion über ihre Arbeit informiert?

sehr zufrieden überhaupt nicht zufrieden

1 2 3 4 5 6

19. Falls du/Sie mit der Informationstätigkeit der SPD-Bundestagsfraktion nicht zufrieden bist/sind: Wie wünschst du dir/wünschen Sie sich, informiert zu werden?

Nun bitten wir Dich/Sie noch um ein paar Angaben für die Statistik:

20. Bist du/Sind Sie ...

1 männlich
 2 weiblich

21. Bitte gib dein/geben Sie Ihr Geburtsjahr an:

19 _____

22. Wie lange bist du/sind Sie bereits Mitglied der SPD?

1 Weniger als 5 Jahre 4 20–30 Jahre
 2 5–10 Jahre 5 Länger als 30 Jahre
 3 10–20 Jahre 6 Bin kein Parteimitglied

23. Welche der folgenden Funktionen trifft auf dich/Sie zu?
Bitte kreuze/n Sie alles an, was auf dich/Sie zutrifft.

- 1 Ehrenamtliche/r SPD-Funktionär/in
- 2 Hauptamtliche/r SPD-Funktionär/in
- 3 Mitarbeiter/in der SPD/einer Fraktion
- 4 Mandatsträger/in
- 5 Journalist/-in
- 6 Mitglied in einer Gewerkschaft, einem Verband
- 7 Mitglied einer anderen Partei
- 8 Sonstiges, und zwar: _____
- 9 Keine der genannten Funktionen

24. Falls du als SPD-Funktionär/in tätig bist:
Auf welcher Parteebene bist du für die SPD tätig?

- 1 Ortsverein
- 2 Unterbezirk/Kreisverband
- 3 Bezirk
- 4 Landesverband
- 5 Bundesebene

Vielen Dank für deine/Ihre Antworten!

Wenn du/Sie an der Verlosung teilnehmen möchtest/n, gib/geben Sie bitte hier deine/Ihre Adresse an. (Durch Angabe deiner/Ihrer Daten willigst du/willigen Sie in die Speicherung der Daten bei delta Marktforschung GmbH zum alleinigen Zwecke der Durchführung der Verlosung ein. Nach Durchführung der Verlosung werden die Daten gelöscht. Deine/Ihre Antworten werden von deinen/Ihren Kontaktdaten getrennt und nicht gemeinsam gespeichert oder ausgewertet.)

Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Untersuchungsausschuss und Expertenkommission zum Staatsversagen

Beschluss der SPD-Fraktion zum Kampf gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe.

In einem Positionspapier, das die SPD-Bundestagsfraktion am 17. Januar beschlossen hat, fordert sie die lückenlose und schonungslose Aufklärung der Ereignisse. Sie unterstützt eine intelligente Kombination einer paritätisch besetzten Bund-Länder-Kommission und eines Untersuchungsausschusses, um die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Effektivität hin zu überprüfen. Aus den Ergebnissen werden die nötigen Konsequenzen gezogen. Das schließt ausdrücklich organisatorische oder gesetzgeberische Konsequenzen im Rahmen des Rechtsstaates mit ein.

In einem Antragsentwurf der SPD-Fraktion dazu heißt es: „Die von der als „Zwickauer Terrorzelle“ bekanntgewordenen rechtsextremistischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in den Jahren 2000 bis 2007 begangenen Morde quer durchs Land zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland bislang erleben musste.“ Dass so etwas Unfassbares überhaupt möglich war, zeigt, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

Fehler aufarbeiten – Taten aufklären

Die schonungslose und transparente Aufarbeitung möglicher Fehler und Versäumnisse der deutschen Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutzbehörden, Polizeien und Staatsanwaltschaften) ist – neben der lückenlosen und zügigen Aufklärung der menschenverachtenden Taten selbst – oberstes Gebot und ein wichtiges Zeichen für die Familien und Freunde der Opfer sowie für die Gesellschaft insgesamt.

Bund und Länder sind in der Pflicht

Zur Erreichung dieses Ziels sind dem Antrag zufolge Bund und Länder gleichermaßen in der Pflicht, jede Anstrengung zu unternehmen, um schnell Klarheit auf allen Ebenen über möglicherweise bestehende Mängel zu erlangen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es bedarf

einer parlamentarischen Untersuchung durch den Deutschen Bundestag, um mögliche Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene aufzuklären und die hierbei gewonnenen Erkenntnisse mit den Ergebnissen der Bund-Länder-Expertenkommission zu den möglichen Defiziten bei den Sicherheitsbehörden der Länder und an den Schnittstellen zwischen Länder- und Bundesbehörden zusammenzuführen.



Nur so lässt sich das von allen demokratischen Kräften geforderte Ziel der umfassenden Fehleranalyse und der Überprüfung der Gesamtstruktur der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene sachgerecht erreichen. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als „Legislativ- und Empfehlungsenquete“, um die erforderlichen Maßnahmen und Vorschläge auf möglichst breiter und gesicherter Tatsachengrundlage sachgerecht vorzubereiten. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses hat der Bundestag am 26. Januar 2012 fraktionsübergreifend beschlossen. Die SPD-Fraktion sendet drei Abgeordnete in den Ausschuss: Sebastian Edathy als Vorsitzender, Eva Högl als Obfrau und Sönke Rix.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Beschluss der Bundesinnenministerkonferenz, den Bundesminister des Innern zu beauftragen, eine Bund-Länder-Expertenkommission bei seinem Ministerium einzusetzen, und erwartet eine rasche Aufnahme der Arbeit der Kommission. Sie soll – in Ergänzung zur Aufklärungsarbeit auf der Ebene der Bundesbehörden durch den zeitgleich eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages – vor allem die Aufarbeitung des Sachverhalts auf der Ebene der Sicherheitsbehörden der Länder betreiben.



Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz

Die Kosten werden weiter beim Steuerzahler landen

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) durch den Deutschen Bundestag gedrückt – eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.

Das Gesetz soll die von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes für dieses Jahr vereinbarte stärkere Eigenkapitalunterlegung relevanter europäischer Banken absichern. Dazu werden die Maßnahmen und Instrumente des zum 31. Dezember 2010 ausgelaufenen 1. FMStG wieder aufgerufen und teilweise sogar noch erweitert.

Der Garantierahmen wird wieder auf 400 Milliarden Euro und die Kreditermächtigung auf 80 Milliarden Euro (davon 10 Milliarden Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses und 30 Milliarden Euro nur unter Zustimmung des Finanzmarktremiums des Deutschen Bundestages) erhöht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es dafür eine ausreichende und intensive Beratungszeit im Parlament gegeben hätte.

SPD hat den Koalitionse Entwurf abgelehnt und eigene Forderungen eingebracht

Obwohl die SPD-Bundestagsfraktion die Wiederöffnung des FMStG für zwingend erforderlich hält, ist sie der Auffassung, dass die Koalitionsvorstellungen an entscheidenden Stellen zu kurz springen. Bei der Neuauflage des FMStG wurde von Seiten der Regierung und der Koalition versäumt, aus den Entwicklungen und neuen Erkenntnissen der letzten Jahre zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion das 2. FMStG in der von der Koalition vorgelegten Form abgelehnt. Ihre Forderungen hat die SPD in verschiedenen Anträgen im federführenden Haushaltsausschuss und in einem Entschließungsantrag zur dritten Gesetzeslesung im Plenum (Drs. 17/8488) formuliert und vorgebracht.

Dazu gehören vor allem:

- Es ist sicherzustellen, dass Banken Hilfsmaßnahmen nur dann beanspruchen können, wenn sie die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen. Steuergelder dürfen nicht nochmals zur Rettung oder Stützung von Banken verwendet werden.
- Es ist sicherzustellen, dass insbesondere Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht länger nur freiwillig in Anspruch genommen werden können. Ein Institut, das zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachkommt, hat einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen zu stellen. Diese Verstärkung von Zwangsmaßnahmen ist zur Sicherung des öffentlichen Gutes der Finanzmarktstabilität geboten, zweckmäßig und angemessen. Sie ist eine wichtige Lehre aus den bislang gewonnenen Erfahrungen.
- Der Regelfall muss sein, dass der Bund über den Finanzmarktstabilisierungsfonds unmittelbares und stimmberechtigtes Aktienkapital oder vergleichbares Kapital erwirbt und dann auch Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung des Geschäftsmodells der begünstigten Bank nimmt.
- Entscheidungen über Stabilisierungsmaßnahmen müssen mit einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Beteiligung verbunden werden. Die Kontrolle der begünstigten Unternehmen muss ebenfalls eine stärkere parlamentarische Begleitung erfahren.
- Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass eine Bank, die Stabilisierungsmaßnahmen erhält, keine variablen Vergütungen und Boni und keine Dividenden für die Zeit der Maßnahme auszahlen darf.
- Die vorgesehene Befristung auf den 31. Dezember 2012 ist nicht zweckdienlich, da nicht abzusehen ist, ob sich bis dahin die Volatilität der Finanzmärkte beruhigt und die Lage der Kreditinstitute signifikant verbessert hat.

Leider hat Schwarz-Gelb mit ihrer Mehrheit alle diese Forderungen zurückgewiesen.

Vorsorgende Wirtschaftspolitik jetzt einleiten

Nach zwei Boomjahren rechnet die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2012 nur noch mit einem Konjunkturplus von 0,7 Prozent. Um die Wirtschaft gegen eine schwache Konjunktur zu wappnen, fordert die SPD-Fraktion, die Binnennachfrage anzukurbeln und die Wettbewerbsfähigkeit der schwachen Euro-Länder zu stärken.

Die wirtschaftspolitische Tatenlosigkeit der schwarz-gelben Koalition wird zum Standortrisiko für Deutschland. Die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland zum Jahresanfang bieten zwar keinen Grund für Alarmismus. Doch die Bundesregierung lässt bei ihrer Wirtschaftspolitik die Unwägbarkeiten der internationalen Wirtschaft außer Acht.

Die größte Herausforderung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist derzeit die Stabilisierung des Euroraums. Die bisherige Stärke Deutschlands – der Export – ist auch ein Punkt der Verwundbarkeit: 60 Prozent der deutschen Ausfuhren gingen nach Europa. Deutschland kann es auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.

Europa braucht neben allen Sparanstrengungen ein Wachstumsprogramm, das aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer und ohne neue Schulden finanziert werden soll. Dazu gehören Investitionen in die industrielle Erneuerung sowie Forschung und Entwicklung. Um die Binnennachfrage in Deutschland strukturell zu steigern, fordert die SPD öffentliche und private Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie Lohnsteigerungen, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit. Des Weiteren soll die Bundesregierung einen Masterplan zur Bewältigung der Energiewende vorlegen. Notwendig ist eine vorsorgende Wirtschaftspolitik, die bereit ist, zu konsolidieren, Innovationen zu fördern und Wachstum zu generieren.

Impulse für den Industriestandort Deutschland

Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, führt kein Weg an einer leistungsfähigen Industrie vorbei. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im Januar 2012 ein Positionspapier zur Industriepolitik mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur Modernisierung der Industrie beschlossen.

Deutschland ist wegen seines industriellen Kerns bisher gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Auch in Zukunft braucht unser Land eine moderne, innovative Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die industrielle Wertschöpfungskette hat eine Ankerfunktion für die Güterproduktion in der Zulieferkette und für zahlreiche Dienstleistungssektoren.

Schwarz-Gelb bleibt tatenlos. Unser Land muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden. Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und die demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Deshalb muss Deutschland eine Debatte über die Zukunft seiner Industrie führen.

Die SPD-Fraktion fordert eine „integrierte Industriepolitik“, um gute Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Integriert heißt, dass die klassische Industrie nicht gegen die neue ausgespielt wird oder umgekehrt und dass die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

Deutschland muss auch die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Nicht als blinde Fortschrittsgläubigkeit, sondern als Hilfsmittel zur Lösung der gewaltigen Herausforderungen, die vor uns liegen. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Deutschland auch im Jahr 2020 ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort ist.

Das Positionspapier gibt es hier: www.spdfraktion.de

Unabhängige Finanzberatung als Alternative

Finanzprodukte werden oft wegen der Provision verkauft, nicht weil sie dem Bedarf der Kunden entsprechen. Wir wollen deshalb die provisionsunabhängige Honorarberatung flächendeckend ausbauen.

Provisionsberatung ist wenig transparent. Schon die Bezeichnung „Berater“ suggeriert, dass er im Interesse des Kunden handelt. Tatsächlich stehen die Höhe der Provision und das Anliegen des Kunden oft im Gegensatz zueinander. Weil die Provisionen eingepreist sind, ahnen die wenigsten, dass die Vertriebskosten einer Lebensversicherung schon mal 2.500 Euro betragen können.

Die SPD-Fraktion will deshalb die Honorarberatung zu einer echten Alternative entwickeln. Dazu soll das Berufsbild des Honorarberaters geregelt werden. Der Kunde bezahlt den Berater auf Stundenbasis. Ob und mit welchem Vertrag der Kunde nach Hause geht, spielt dann keine Rolle mehr. Honorarberater darf nur sein, wer sein Geld ausschließlich von Kunden bekommt, bestimmte Qualifikationen vorweisen kann und über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügt.

Damit das auch funktioniert, werden die Anbieter von Finanzprodukten verpflichtet, ihre Produkte ohne die eingerechnete Provision zu Nettotarifern anzubieten. Die Aufsicht über unabhängige Honorarberater wird bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angesiedelt. Die Verbraucherzentralen erfassen als Marktwächter systematisch unlautere Vertriebspraktiken und melden sie an die Behörde.

Vorschläge von Ministerin Aigner reichen nicht aus.

Bislang hat Bundesverbraucherschutzministerin Aigner (CSU) kein Gesamtkonzept für verbrauchergerichte Finanzmärkte geliefert. Bei der Honorarberatung ist Aigner über unausgegrenzte Eckpunkte noch nicht hinausgekommen.

Bestechung von Abgeordneten muss endlich strafbar sein

Das Vertrauen der Bürger in die Integrität der Volksvertreter ist in den vergangenen Jahren stetig geschwunden. Wurden Skandale in der Vergangenheit noch als Einzelfälle wahrgenommen, beschädigen sie heute längst die Gesamtheit der politisch Verantwortlichen. Nach geltendem Recht ist nur der Stimmenkauf und -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen strafbar. Eine weitergehende Regelung zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung ist jedoch auch aufgrund internationaler Vorgaben erforderlich. Deutschland gehört zu den wenigen Vertragsstaaten, die das 2003 unterzeichnete UN-Übereinkommen gegen Korruption bis heute nicht in nationales Recht umgesetzt haben.

Mit unserem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung, über den die Fraktion Anfang Februar entscheiden wird, ist es uns gelungen, das strafwürdige Verhalten von und gegenüber Abgeordneten wirksam zu erfassen, und auf der anderen Seite im politischen Betrieb sozialadäquate Verhaltensweisen straffrei zu lassen. Die Strafbarkeit setzt eine konkrete Unrechtsvereinbarung voraus, der Vorteil muss gerade dafür gefordert oder gewährt werden, dass der Mandatsträger sich im Auftrag oder nach Weisung des Auftraggebers verhält. Dies steht im Widerspruch zu dem im Grundgesetz festgeschriebenen sog. freien Mandat. Ausgeklammert haben wir die im parlamentarischen Verkehr üblichen Verhaltensweisen, also Zuwendungen, die parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen, wie die im Zusammenhang mit Informationsgesprächen üblicherweise verbundene Bewirtung oder die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. Ebenfalls haben wir klargestellt, dass politische Ämter und Funktionen ebenso wenig als Vorteil anzusehen sind wie die nach Parteiengesetz zulässigen Parteispenden.

Asse II muß Chefsache werden!

Das frühere Forschungsendlager Asse II droht teilweise einzustürzen. Jeden Tag treten 12 Kubikmeter Salzlauge, die zum Teil radioaktiv kontaminiert ist, aus. Keiner weiß, wo das Wasser herkommt. Aber es gibt offensichtlich Kontakt mit dem eingelagerten Atommüll.

Vor knapp zwei Jahren hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die möglichen Optionen vorgestellt: Vollverfüllung, interne Umlagerung oder Rückholung aller oder Teile der Abfälle. Die Menschen vor Ort sind für die Rückholung. So sieht es auch BfS-Chef Wolfram König, soweit das Lager standfest genug ist.

Seitdem ist wenig geschehen. Das BfS hat entsprechende Anträge bei den Behörden in Niedersachsen gestellt – und kam nicht weiter. Bundesumweltminister Röttgen (CDU) sah dem tatenlos zu. Kurz vor Weihnachten war in einer Stellungnahme aus dem BfS zu lesen: Das Bergwerk sei nicht standsicher, eine Rückholung des Atommülls faktisch nicht möglich. Röttgen rührte sich immer noch nicht. Die Frage der Standsicherheit muss umgehend geklärt werden!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, die Genehmigungsverfahren für Maßnahmen der Bergung von Atommüll zu beschleunigen. Dazu soll Röttgen eine „Task-Force“ bilden. Innerhalb der nächsten sechs Wochen muss die Standsicherheit des Bergwerks geklärt werden. Das ist mit Blick auf die langfristige Sicherheit von Mensch und Umwelt vor Auswirkungen und für eine Rückholung der eingelagerten radioaktiven Abfälle unerlässlich.

Die Task-Force soll aus dem Bundes- und dem niedersächsischen Landesumweltminister, dem BfS-Chef König sowie dem Landrat und einem Vertreter der Bürgerinitiative bestehen.

Außerdem soll auf Genehmigungen verzichtet werden, wenn das für Maßnahmen zur Bergung des Atommülls erforderlich ist. Dazu beantragt die SPD eine Änderung des Atomgesetzes. CDU/CSU und FDP lehnen das ab.



Gesetzentwurf von SPD und Grünen stärkt Öffentlichen Nahverkehr

Die Neuordnung des ÖPNV-Rechts zieht sich über Jahrzehnte hin – Jahrzehnte rechtlicher Unsicherheit für Verkehrsunternehmen und dort Beschäftigte, Verwaltung und Kommunalpolitik.

Seit 2009 ist die neue EU-Verordnung geltendes Recht, Anpassungen im deutschen Recht sind überfällig. Zwei Jahre hat die Regierung gebraucht, um ihren Gesetzentwurf vorzulegen. Der hat jedoch erhebliche Mängel: Er gibt keine Gewähr dafür, dass Standards für Qualität und Bedienung eingehalten werden. Weder die Direktvergabe an eigene kommunale oder mittelständische Unternehmen wird umgesetzt, noch die Möglichkeit, Tarif- und Sozialstandards vorzugeben.

Gemeinsam mit den Grünen hat die SPD einen Alternativentwurf eingebracht, der das öffentliche Interesse an einem qualitativ hochwertigen Verkehrsangebot aus einem Guss in den Mittelpunkt stellt. ÖPNV ist Daseinsvorsorge, für die

die Kommunen Verantwortung tragen. Sie müssen deshalb auch diejenigen sein, die im Nahverkehrsplan definieren können, wie ein solches Verkehrsangebot aussieht – ein Rahmen, der für kommunale Unternehmen ebenso gelten muss wie für private. SPD und Grüne wollen zudem verbindlichere Barrierefreiheit und Gestaltungsspielräume der Länder bei alternativen Bedienformen. Die von der Regierung geplante unkonditionierte Liberalisierung von Fernbuslinien lehnt die SPD ab, sie knüpft die Marktöffnung an Bedingungen: Autobahnmaut, Schutz von Nah- und Regionalverkehr, Barrierefreiheit und Fahrgastrechte. Der Bundesrat unterstützt den Alternativentwurf in wesentlichen Punkten. Am 29.2. findet dazu eine Anhörung im Bundestags-Verkehrsausschuss statt.

Personalia



Sebastian Edathy ist Vorsitzender des am 26. Januar 2012 eingesetzten 2. Untersuchungsausschusses (Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund). Der 42-jährige aus Niedersachsen ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags. Edathy war von 2000 bis 2005 Sprecher der Fraktion für das Thema Rechtsextremismus und von 2005 bis 2009 Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses. Er wirkte zudem in mehreren bisherigen Untersuchungsausschüssen mit.



Foto: Detlef Eden

Eva Högl ist Sprecherin der Arbeitsgruppe des 2. Untersuchungsausschusses. Die 43-jährige ist außerdem stellv. rechtspolitische und stellv. europapolitische Sprecherin der Fraktion. Sie rückte im Januar 2009 zunächst in den Bundestag nach und ist seit September 2009 direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Berlin-Mitte.



Sönke Rix ist das dritte Mitglied der SPD-Fraktion im 2. Untersuchungsausschuss. Er ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2009 ist der 36-jährige aus Schleswig-Holstein stellv. familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus.

Planspiel Zukunftsdialog – jetzt bewerben!

Das Planspiel Zukunftsdialog findet vom 06. bis 08. Mai 2012 in Berlin statt. Alle interessierten Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren können sich ab sofort in den Büros ihrer SPD-Wahlkreisabgeordneten informieren und bewerben.

Mehr Informationen gibt es unter:

www.spdfraktion.de/planspiel und im Faltblatt „Planspiel Zukunftsdialog 2012“.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 26. März 2012. Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de. Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Dirk von der Hude, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Joan Mirbach, Planungsgruppe, Martina Schmitt, Ralf Sitte, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Teves, Christian Unger

Illustrationen und Fotos: Detlef Eden (S.16), photothek.ne/Thomas Köhler (S. 3), picture-alliance/dpa (S. 11, S. 12, S. 15), SPD-Bundestagsfraktion (S. 16), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 530 48 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet